



Medienmitteilung

Zürich, 11. Februar 2021

Beschlüsse der Kommissionen

WAK: Staatsbeitrag an den Verein Zürich Tourismus infolge Covid-19-Pandemie

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, für die Jahre 2020–2022 eine Subvention von 4,8 Millionen Franken für die Wiederbelebung des unter der Corona-Krise leidenden Zürcher Tourismus zu bewilligen ([5664](#)). Sie folgt damit dem gleichlautenden Antrag des Regierungsrates. Der Kantonsrat bewilligte am 6. Juli 2020 einen Nachtragskredit von 2,5 Millionen Franken für das Jahr 2020 sowie mit den Nachträgen zum Budget im Dezember 1,6 Millionen Franken für das Planjahr 2021. Die Ausgabe im Umfang von 700'000 Franken für das Planjahr 2022 ist im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2021–2024 nicht enthalten. Mit dem beantragten Kantonsratsbeschluss wird die Rechtsgrundlage für die Beitragsausrichtung geschaffen. Der Kanton Zürich ist mit 6,5 Millionen Logiernächten die grösste Tourismusregion der Schweiz. Mit einem Anteil von 71 Prozent ist er im Vergleich mit anderen Regionen sehr stark vom internationalen Tourismus abhängig. Die Branche erwirtschaftete 2019 eine Bruttowertschöpfung von 3,295 Milliarden Franken. Im Jahr 2017 machte sie mit ihren 48'000 Angestellten 4,3 Prozent der Gesamtbeschäftigung aus.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

KBIK: Erwachsene in ihren Grundkompetenzen fördern

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, den Rahmenkredit für das Programm Grundkompetenzen Erwachsener in den Jahren 2021–2024 ([5655](#)) zu bewilligen. Die Kantone sollen die geschätzten 15 Prozent der Erwachsenen der Schweizer Bevölkerung fördern, die mangelhafte Kenntnisse in Lesen, Schreiben, Rechnen und der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien haben. Damit sollen mittel- und längerfristig soziale Folgekosten vermindert werden. Der Kanton Zürich sieht ein mehrstufiges Modell vor, welches in Etappen umgesetzt werden soll. Der Einstieg erfolgt über niederschwellige und beratende Angebote in sogenannten Lernstuben, hin zu Kursen in Grundkompetenzen und schliesslich zur Vorbereitung auf die Nachholbildung, beispielsweise zum Erlangen eines Berufsabschlusses. Der Gesamtkredit von 14,8 Millionen Franken wird je zur Hälfte von Bund und Kanton finanziert. Als Minderheit beantragt die FDP, die Gewährung des Rahmenkredits mit der Zielforderung zu verbinden, dass 2 Prozent der betroffenen Personen auf eine Nachholbildung vorbereitet werden sollen.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

KPB: Zwei Postulate zum Thema Denkmalschutz sollen abgeschrieben werden.

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, ein Postulat betreffend «Mehr Mass beim Denkmalschutz» als erledigt abzuschreiben ([5464](#)). Ebenfalls einstimmig beantragt sie die Abschreibung eines Postulats betreffend «Beschleunigung des Unterschutzstellungsverfahrens» ([5601](#)). Für die Behandlung der beiden Geschäfte im Kantonsrat hat die KPB reduzierte Debatte beantragt. Die Kommission



stimmt diesen Abschreibungen unter anderem zu, weil zum gleichen Thema noch zwei Motionen (KR-Nr. 429/2020 und KR-Nr. 153/2020) hängig sind.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 82

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.